



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

Alt-Moabit 96 a
10559 Berlin

Telefon: 030 32 79 52-0
Telefax: 030 32 79 52-20
www.dbb.berlin
post@dbb.berlin

Offener Brief

Per Mail: 2 Seiten

An den Fraktionsvorsitzenden der CDU Fraktion
im Abgeordnetenhaus, Dirk Stettner sowie alle Abgeordnete

An den Fraktionsvorsitzenden der SPD Fraktion
im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh sowie alle Abgeordnete

An die Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Abgeordnetenhaus, Bettina Jarasch und Werner Graf sowie alle Abgeordnete

An die Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Die Linke
im Abgeordnetenhaus, Anne Helm und Tobias Schulze sowie alle Abgeordnete

An den Landesvorsitzenden der CDU Berlin,
Herrn Regierender Bürgermeister Kai Wegner

An die Landesvorsitzenden der SPD Berlin
Herrn Steffen Krach und Frau Bettina König

An die Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen
Frau Nina Stahr und Herrn Philmon Ghirmal

An die Landesvorsitzenden der Partei Die Linke
Frau Kerstin Wolter und Maximilian Schirmer

An die Mitglieder des Senats
- je besonders -

Berlin, 3. Juli 2026

Reparaturgesetz und ein Gesetzentwurf, der deutliche Besoldungszuwächse vorsieht und mit dem das Ziel einer verfassungskonformen Alimentation in Berlin erreicht werden soll

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie der Presse zu entnehmen ist, ist beabsichtigt, den Beamtinnen und Beamten im Land Brandenburg endlich eine verfassungsgemäße Bezahlung zukommen zu lassen. Aufgrund der Vereinbarung, die in dieser Woche durch den Finanzminister vorgelegt wurde, wird ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren eingeleitet und soll im Brandenburger Landtag kurzfristig eingebracht und beschlossen werden.

In zahlreichen Gesprächen, die wir mit Politikern/innen in Berlin geführt haben, wurde uns vermittelt, dass das sogenannte Reparaturgesetz vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 20. September 2026 nicht beraten bzw. verabschiedet werden soll.

- 2 -

- 2 -



QR-Code
Scannen Sie diesen Code mit Ihrem Smartphone,
um auf unsere Website zu gelangen.

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) fordert - JETZT:

- a) Die Verabschiedung des sog. Reparaturgesetzes noch vor den Abgeordnetenhauswahlen im September und darüber hinaus
- b) einen Gesetzentwurf, der deutliche Besoldungszuwächse vorsieht und mit dem das Ziel einer verfassungskonformen Alimentation erreicht werden soll.

Durch die erhebliche Erhöhung der Besoldung im Land Brandenburg ist damit zu rechnen, dass Beamtinnen und Beamte das Land Berlin nicht nur in Richtung Bundesverwaltung, sondern auch massiv nach Brandenburg verlassen werden. Dies wäre ein wahrer BärenDienst an der Berliner Bevölkerung. Diese klagen schon jetzt über lange Wartezeiten bei Behörden, fürchten um ihre Sicherheit in der Stadt und verlieren zunehmend das Vertrauen in die Politik.

An dieser Stelle sei noch angemerkt, dass auch die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin das Vertrauen in die Politik in Berlin verloren haben. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass weder Senat noch das Abgeordnetenhaus von Berlin spätestens nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. September 2025 zur verfassungsgemäßen Besoldung ein Reparaturgesetz für die Beamtinnen und Beamten der BesG A und B, sondern ausschließlich für Richterinnen und Richter vorgelegt und auch verabschiedet haben. Hinzu kommt noch, dass die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin, in der Vergangenheit zu weiteren Sparopfern herangezogen wurden (Gehaltskürzungen, Streichung "Urlaubsgeld", Kürzung des "Weihnachtsgeldes").

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. September 2025 hat weder Senat noch Abgeordnetenhaus dazu veranlasst, unverzüglich ein Reparaturgesetz zu verabschieden, damit die Besoldung für Beamtinnen und Beamten endlich für die Jahre 2008 – 2020 „repariert“ wird.

Aber damit ist die verfassungsgemäße Besoldung auf Zukunft gerichtet noch lange nicht hergestellt. Der dbb berlin erwartet von Senat und Abgeordnetenhaus daher einen Gesetzentwurf, der deutliche Besoldungszuwächse vorsieht und mit dem das Ziel einer verfassungskonformen Alimentation in Berlin erreicht werden soll.

Aufgrund der Demografie werden in den nächsten Jahren 40.000 Beamtinnen und Beamte in den Ruhestand gehen (Erwartung liegt bei ca. 4.000 Beamtinnen und Beamte jährlich). Dieser Umstand kann aus der Sicht des dbb berlin schon nicht aufgefangen werden. Ein zusätzlicher Abgangsstrom in Richtung Brandenburg ist dann nicht mehr zu verkraften und die bereits bestehende Überlastung in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Berlin ist dann nicht mehr aufzufangen.

Es ist erschreckend, dass Beamtinnen und Beamte ihre verfassungsgemäße Besoldung durch das höchste Gericht in Deutschland feststellen lassen müssen und dann auch noch dermaßen lange durch die Politik hingehalten werden, bis sie endlich ihre zustehende Besoldung erhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Becker
Landesvorsitzender